

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/125

Bonn, den 5. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Feindliche Brüder Zur Kontroverse Moskau - Peking	45
2 - 3	Eine bedenkliche Absicht Beispiel schlechter Subventionspolitik Von Heinrich G. Ritzel, MdB	97
4 - 5	Pankows "Ostseewoche" mit neuer Note Beitrag zur Moskauer Außenpolitik Von Eberhard Zachmann, Berlin	69
6	Bedrohtes Streikrecht Die Rolle der Gewerkschaften in der Sicht de Gaulles Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	52

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

- 1 -
Feindliche Brüder

Zur Kontroverse Moskau - Peking

sp - Eine große Zeit ist für Sowjetologen angebrochen. Wird es zum unheilbaren Bruch zwischen Moskau und Peking, dem Zentrum des Weltkommunismus kommen? Es geht um den Führungsanspruch in der kommunistischen Welt, den sich beide Mächte streitig machen. Chinesen und Sowjetrussen liegen sich in den Haaren, beide beanspruchen, allein im Besitz der richtigen Lehre des Marxismus-Leninismus zu sein, und einer sagt dem anderen, daß er vom rechten Pfade der Erkenntnis abweiche.

Hier verbirgt sich ein Konflikt von noch nicht erkennbaren Ausmaßen und einer noch nicht auslotbaren Tiefe. Die Einheit des Weltkommunismus besteht seit langem nicht mehr, sie ist einem Prozeß der Differenzierung und der Aufweichung unterworfen. Die westliche Welt tut gut daran, die Entwicklung im kommunistischen Lager mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und sich auf alle möglichen Entwicklungen vorzubereiten.

Eine der Ursachen des chinesisch-russischen Gegensatzes ist die unterschiedliche Einstellung zum Kriege als ein Mittel, die kommunistische Weltrevolution voranzutreiben. Mao Tse-tung, der Gebieter Chinas, sieht im Kriege im Atomzeitalter keine Menschheitstragödie, sondern eine unvermeidliche Phase des "gesellschaftlichen Fortschritts", wie er ihn versteht - er bezieht eine Position, die die bolschewistischen Führer Russlands in den zwanziger und dreissiger Jahren eingenommen hatten. Die heutigen Männer des Kreml dagegen wissen, was ein mit nuklearen Waffen geführter Krieg bedeutet: all das, was zwei Generationen mit Blut, Schweiß und Tränen in der Sowjetunion aufbauten, würde in Schutt und Trümmer verwandelt werden. Die schrecklichen Opfer wären vergeblich gewesen. Am Ende einer solchen Tragödie stünde nicht der Sieg des Kommunismus, wohl aber die totale Vernichtung des eigenen Volkes. Die kommunistischen Führer Chinas wiederum glauben, in einem möglichen Weltkonflikt weniger verletzbar zu sein und selbst bei einem Verlust von einigen hundert Millionen Chinesen immer noch an der Spitze der zahlenmäßig stärksten Völker stehen zu können.

Wie können, bei einer so grundverschiedenen Einstellung in einer Frage, die die Existenz der Menschheit berührt, die feindlichen Erdbecken wieder zusammenkommen? Der Fortgang dieser Auseinandersetzung wird weitreichende Folgen haben.

Vor einer hat sich die westliche Welt freilich zu hüten - vor der Annahme, ein von den Chinesen bedrängter Chruschtschow müsse gezwungenermaßen den friedlichen Ausgleich mit dem Westen suchen. Die Geschichte kennt genügend Fälle, "wo in die Enge getriebene Staatslenker, um sich des Vorwurfs des Verrats heiliger Prinzipien zu erwehren, den Ausweg in aussenpolitischen Abenteuern suchten. Allein diese denkbare Möglichkeit legt dem Westen aus Gründen der Sicherung von Frieden und Freiheit das Gebot auf, seine Kräfte zusammenzufassen und eine Einheit des Handelns und der Zielsetzung anzustreben, die allein den Kreml daran hindern könnte, aus seinem Konflikt mit Peking für die gesamte Welt verhängnisvolle Entscheidungen zu treffen.

Eine bedenkliche Absicht

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat im vergangenen Rechnungsjahr 1962 dem Verlangen der Bundesregierung auf Erhöhung der Subventionen für die Erzeuger von Raps und Rüben nur unter großen Bedenken zugestimmt und eine Begrenzung dieser Subventionen verlangt. Die Regierung hat sich inzwischen in dem Entwurf einer Verordnung über die Beimischung inländischen Rüböls und Poinfolge auf den Standpunkt gestellt, daß aus betriebswirtschaftlichen und arbeitstechnischen Gründen die deutsche Landwirtschaft auf den Rapsanbau nicht verzichten könne. Sie hat den an die Erzeuger zu zahlenden Preis auf 660.-- DM pro Tonne festgesetzt. Der Weltmarktpreis beträgt jedoch nur 220.-- DM pro Tonne, so daß die deutschen Steuerzahler und die deutsche Wirtschaft pro Tonne 440.-- DM zusätzlich aufbringen müssen. Diese Tatsache erregte den entschiedenen Widerspruch des Haushaltsausschusses und das Verlangen auf Begrenzung der Subventionen. Es bedürfte einer besonderen Untersuchung, um festzustellen, ob die Festsetzung eines Erzeugerpreises von 660.-- DM wirtschaftlich überhaupt berechtigt ist.

Der Haushaltsausschuß war bei seinem Widerspruch gegen die Belastung des Bundeshaushaltes mit einer sich ständig steigenden Subventionsleistung des Bundes durchaus nicht der Auffassung, daß der Ausweg nun darin zu sehen sei, daß die Rapsanbaufläche noch stärker vermehrt werden und damit die Rapsenerträge noch weiter gesteigert werden sollten. Angesichts des Weltmarktpreises von 220.-- DM je Tonne und im Hinblick auf die zwingende Notwendigkeit weder direkt noch indirekt den deutschen Steuerzahler ohne Not mit solchen Ausgaben noch stärker zu belasten, könnte der Ausweg nur mit einer Normalisierung der Hektarfläche für den Rapsanbau und damit einer Senkung der Rapsenerträge und somit einer Erleichterung der ganzen Situation auf diesem Wege gesehen werden. Die Franzosen kennen ein Sprichwort, das lautet: Der Appetit kommt beim Essen. An dieses Sprichwort wird man unwillkürlich erinnert, wenn man folgende Zahlen vor sich sieht:

Im Jahre 1954 betrug die Rapsanbaufläche 9 500 ha, im Jahre 1957 bereits 30 355 ha, 1960 wies sie eine Steigerung auf 32 065 ha auf. Die Subventionen reichten zu einer Vermehrung der Rapsanbaufläche im Jahre 1961 auf 36 160 ha und im kaum hinter uns liegenden Jahr 1962 erreichte die Rapsanbaufläche 47 800 ha. Dementsprechend steigerten sich die Rapsenerträge von 15 800 Tonnen im Jahre 1954 auf 57 500 Tonnen im Jahre 1957, auf 69 285 Tonnen im Jahre 1960 und auf 74 403 Tonnen im Jahre 1961, im Jahre 1962 aber erreichten sie gar 115 300 Tonnen.

Hohe Differenz

Wenn die Bundesregierung auf Grund der Finanz- und Haushaltslage gezwungen ist, die Summe der Subventionen für den Anbau von Raps und Rüben zu begrenzen, dann sollte man annehmen, daß angesichts der sehr hohen Differenz zwischen Weltmarktpreis und festgesetztem deutschen Erzeugerpreis von 220.-- DM auf 660.-- DM, also um 440.-- DM

5. Juli 1963

Je Tonne Veranlassung bestünde, die weiteren Ausdehnungen der Anbaufläche zu Gunsten des Anbaues anderer landwirtschaftlicher Produkte zu bremsen. Das Gegenteil aber geschieht. Bisher waren lediglich die Margarinerzeuger einem Beimischungszwang unterworfen. Natürlich haben die Margarineverbraucher die Kosten dieses Beimischungszwangs zu zahlen gehabt. Er belastete die Margarineindustrie im letzten Jahr mit 15 Millionen DM, die auf den Verbraucher abgewälzt wurden. Nun soll, auch im Hinblick darauf, daß die erwarteten Ernteerzeugnisse vermutlich bis 150 000 Tonnen im Jahre 1963 betragen werden, ein anderer Industriezweig gezwungen werden, seinen Produkten Raps und Rüben beizumischen. Es handelt sich um einen geplanten Beimischungszwang für Speiseöl. Der Beimischungszwang für die Margarineindustrie soll von sechs auf zehn Prozent erhöht werden und die Ölmühleindustrie soll in entsprechender Weise herangezogen werden. Das würde nach Lage der Dinge unvermeidlich zu einer Erhöhung des Speiseölpreises führen und es besteht Grund für die Annahme, daß das Bundesernährungsministerium damit einverstanden ist, diese Belastung der Speiseölindustrie an die Kunden weiterzuleiten. Das bedeutet praktisch eine erhebliche Verteuerung des Speiseöls und berechtigt zu der Frage, ob in diesem Verfahren der Weisheit letzter Schluß zu sehen ist, denn wir leben bekanntlich im Zeitalter des Gemeinsamen Marktes. Die geplante Verordnung kann die Importrefinaate nicht erfassen.

Wettbewerbsverzerrung

Die unabwiesbare Folge wird eine Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil des deutschen Marktes und zu Gunsten vor allem der französischen Erbsenölindustrie sein. Nicht zu Unrecht wird aus Kreisen der Betroffenen darauf hingewiesen, daß der EWG-Binnenzoll ab 1. Juli 1963 für raffinierte Öle nur noch 5,5 Prozent beträgt und daß eine Belastung der im Inland hergestellten Raffinate mit rund 5 Prozent oder mehr den Schutzzoll illusorisch machen würde. Betroffen werden nur nicht nur die Verbraucher, die direkt Speiseöl benötigen, betroffen werden auch eine ganze Reihe von Wirtschaftszweigen, die für ihre Verarbeitung Ölraffinate benötigen. Es sei nur an die Fischindustrie, an die Mayonnaiseindustrie, die Nahrungsmittelhersteller, die Suppenhersteller, die Backwarenhersteller und die Pharmazeutische Industrie erinnert. Wer etwa glaubt, daß die so entstehende Preisbewegung nicht auf den Verbraucher abgewälzt wird, geht nicht mit offenen Augen durch unsere wirtschaftspolitische Entwicklung.

Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard hat vor kurzen sehr sympathische Worte in Bezug auf seine beabsichtigte Subventionspolitik ausgesprochen. Bis zum Beweis des Gegenteils muß angenommen werden, daß der Bundeswirtschaftsminister und zukünftige Bundeskanzler erkennt, daß weder der Landwirtschaft, noch dem Verbraucher, noch der verarbeitenden Industrie mit solchen Methoden geholfen werden kann.

Es ist erstaunlich, daß ausgerechnet auch die Zeit, in der der Deutsche Bundestag pausiert und sich die Abgeordneten der Arbeit in ihren Wahlkreisen hingeben oder auf Reisen sind, dazu benutzt wird, um eine solche Maßnahme praktisch hinter dem Rücken des Bundestages durchzuführen. Es fragt sich, ob die Ländervertreter, die im Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme haben, rechtzeitig erkennen, was hier gespielt werden soll.

Pankows "Ostseewoche" mit neuer Note

Beitrag zur Moskauer Außenpolitik
Von Eberhard Zachmann, Berlin

Wenn am 7. Juli in Rostock die diesjährige "Ostseewoche" in Anwesenheit des SED-Chefs Ulbricht eröffnet wird, geht ein kommunistisches Propagandaunternehmen über die Bühne dieser sowjetzonalen Ostseestadt, das sich von ähnlichen Unternehmen vergangener Jahre nicht wenig unterscheidet. Die Vorbereitungen in Presse und Rundfunk Pankows laufen bereits seit Anfang Juni, und auch an Superlativen wurde - ähnlich wie in den Vorjahren - nicht gespart. Trotzdem scheinen sich die SED-Propagandisten in diesem Jahre in einem der wesentlichsten Punkte einige Beschränkungen auferlegt zu haben.

Westdeutsche Teilnehmer nur nebenbei

Es fällt auf, daß in keinem der zahlreichen Pressevorberichte die Abhaltung einer sog. "gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz" im Rahmen der Rostocker Ostseewoche angekündigt wurde. Wo in der Zonenpresse von der Teilnahme westdeutscher Arbeiter gesprochen wird, da rangieren sie nur unter "Ferner liefen". Ohne Zweifel bereitete es der Arrangeuren der Rostocker Propagandaschau einige Schwierigkeiten, eine ausreichende Zahl westdeutscher Arbeiter für eine solche "Konferenz", wie sie bisher auf den Rostocker "Ostseewochen" üblich war, auf die Beine zu stellen.

Der Verzicht auf die Durchführung der schon zur Tradition gewordenen "gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen" scheint sich jedoch der neuen Note anzupassen, die Pankow der "Ostseewoche 1963" zu geben bemüht ist.

Wenn auch in den vergangenen Jahren die Rostocker "Ostseewoche" schon immer unter dem Motto "die Ostsee ein Meer des Friedens" rangierte, tritt in diesem Jahre die internationale Note besonders deutlich in Erscheinung. Schon aus solchen Bestrebungen heraus konnte man auf eine starke Beteiligung aus der Bundesrepublik oder gar eine besondere "gesamtdeutsche Konferenz" verzichten. Die Tatsache, daß diesmal der sowjetzonale Außenminister Bolz die Rostocker "Ostseewoche" feierlich eröffnet, zeigt, welchen Wert man auf diese Propagandaveranstaltung als Beitrag zur Moskauer Außenpolitik legt.

Earnung nach altbewährter Art

Kennzeichnend für die mit der Rostocker "Ostseewoche" verbundenen Absichten Pankows ist die in den Pressevorberichten ständig wiederkehrende Behauptung, bei den Teilnehmern aus den drei skandinavischen Ländern handele es sich keineswegs um Anhänger des Kommunismus, sondern um Men-

schen der verschiedensten politischen Anschauungen, deren Gemeinsamkeit lediglich in der Ablehnung der von Bonn vertretenen "militaristischen Politik" besteht und die angeblich in Chruschtschows "Koexistenz-Politik" das Allheilmittel für die Lösung aktueller Probleme sehen.

In Wirklichkeit lag auch diesmal die Organisation der Beteiligung aus Dänemark, Norwegen und Schweden ausschließlich in der Hand kommunistischer Funktionäre. Bereits zu Pfingsten waren in Rostock die im Jahre 1962 "gewählten" Vorsitzenden der sog. "Länderkomitees" Finnlands, Schwedens, Dänemarks und Norwegens mit Vertretern aus der Sowjetunion, Polen und der Sowjetzone zur ideologischen und propagandistischen Vorbereitung der diesjährigen "Ostseewoche" zusammengetreten.

"Arbeiterkonferenz" für Nordeuropa?

Zentraler Mittelpunkt soll auch diesmal in Rostock die sog. "Nordeuropäische Arbeiterkonferenz" sein, auf der - wie es Pankows Propagandathesen vorschreiben - eine gemeinsame "Friedenspolitik" der Arbeiterschaft unabhängig vom Bekenntnis zum Kommunismus, demonstriert werden soll. Die Lonerpresse berichtet von 650 "Delegierten" und Gästen dieser Konferenz aus allen nordeuropäischen Staaten, wobei z.B. die 85 "Delegierten" aus Norwegen angeblich 60 Gewerkschaftsorgane vertreten sollen.

Die "Delegierung" geschieht auch hier in der von den Kommunisten praktizierten Art, indem sich irgendeine Kommunisten oder Kryptokommunisten zur Verfügung stellen. Wenn die Pankower Propagandisten schon vor Beginn der Rostocker "Ostseewoche" von rund 15.000 Teilnehmern aus den nordeuropäischen Staaten sprechen, so ist ohne Zweifel in ihre Berechnung auch jene Zahl von Touristen einkalkuliert, die die Rostocker "Ostseewoche" für einen billigen Trip auszunutzen verstehen. In diese Gruppe gehören auch einige Geschäftsleute, die glauben, auf der in Rostock durchgeführten Handelsmesse ins Geschäft kommen zu können.

Hoffnung auf Jugendlager

Das mit der "Ostseewoche" traditionell verbundene Jugendlager "Grael-Hirtz" hofft nun diesmal zu einem Punkt besonderer Attraktion machen zu können. Ingesamt sollen 600 Jugendliche aus den Ostseeländern sowie Norwegen und Island daran teilnehmen, allein über 100 Jugendliche aus Dänemark. Bereits in den Vorjahren hat Pankow immer wieder versucht, gerade in Jugendkreisen Kontakte zu schaffen. Sie hatten das Ziel, einige geeignete Teilnehmer des "Internationalen Sommerlagers" für eine weitere kommunistische Ausbildung an der sowjetzonalen "Jugendhochschule Wilhelm Pieck" zu gewinnen, wo schon seit vielen Jahren ausländische Propagandisten-Kader zur Unterstützung der Pankower Außenpolitik ausgebildet werden.

Bedrohtes Streikrecht

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Schlappe, die das gaullistische Regime während des großen Bergarbeiterstreiks im März dieses Jahres einstecken mußte, versucht es in diesen Julitagen rückgängig zu machen. Fünf Wochen lang trotzten die französischen Kumpels dem Mobilisierungsbefehl, der mit den Unterschriften des Staatspräsidenten General de Gaulle und des Regierungschefs Pompidou im Amtsblatt erschienen war. Getragen von der Solidarität und der Sympathie breiter Bevölkerungskreise, konnten die Kohlenarbeiter ihre Forderungen weitgehend durchsetzen. Der Regierung blieb damals nichts anderes übrig, als ihren eigenen "Requisitionsbefehl" zu ignorieren und faktisch vor den Bergarbeitern und vor der öffentlichen Meinung zu kapitulieren.

Es war vorauszusehen, daß sie es dabei nicht bewenden läßt. Folgende Episode gibt ihr nun den guten Anlaß und den gewünschten Vorwand, eine neue Offensive gegen das Streikrecht zu starten. Die größte Verkehrsstockung in der Geschichte der Seine metropole am Donnerstag, 27. Juni, hervorgerufen durch den Streik der Untergrundbahn, strömenden Regen und den Staatsbesuch des marokkanischen Königs, erregte allgemeinen Unwillen und protestierte in allen Teiler der öffentlichen Meinung. Die Regierung verstand es, diese Stimmung in geschickter Weise auszunützen. Eine Kampagne gegen das Streikrecht wurde eingeleitet.

Die Regierung hat dabei diesmal die entschiedene Unterstützung der konservativen und rechtsbürgerlichen Kreise, die auf ein scharfes Vorgehen gegen die Gewerkschaften drängen. Als "populäres" Argument wird erklärt, es gehe nicht an, daß einige tausend Verkehrsarbeiter das Leben einer Millionenstadt stilllegen und noch dazu ohne Voranmeldung durch "Überraschungstreiks". Die Verkehrsarbeiter antworten darauf, daß sie zu solchen "Überraschungstreiks" von der Regierung gezwungen werden, eben wegen der ständigen Drohung mit Zwangsmobilisierung; schon mehrmals wurde ein vorher angemeldeter Streik von der Regierung mit "Requisition" beantwortet.

Von den eigentlichen Forderungen der schwer überlasteten Arbeitnehmer in dieser Zeit neuer Preiserhöhungen auf allen Gebieten des täglichen Lebens, erörtert man wenig in der gegenwärtigen Polemik gegen das Streikrecht. Die Regierung ist entschlossen, das Streikrecht zu "reglementieren" und darüber hinaus überhaupt die Rolle und den Einfluß der Gewerkschaften so weit als möglich zurückzudrängen oder "abzubauen". Mit anderen Worten, die Gewerkschaften sollen keine reine Interessenvertretung der Arbeitnehmer sein, sondern zwischen Arbeitnehmern und privaten oder staatlichen Arbeitgebern vermitteln. Die alte Idee eines autoritären Ständestaates schwingt dabei mit.

Es stellt sich nun die Frage, ob der Zwischenfall des 27. Juni wirklich ausreicht, derartige Projekte durchzusetzen, selbst mit einer willfährigen Kammer, in der die gaullistisch-rechtsbürgerliche Mehrheit gesichert ist. Schließlich geht es nicht nur um die Pariser Untergrundbahn, sondern um das in der Verfassung verankerte Streikrecht im ganzen Lande. Die Gewerkschaften könnten durch überstürzte Regierungspläne erst recht alarmiert werden. Die Volksfronttendenz, die der Gaullismus ohnehin schon reduziert hat, würde dadurch noch verstärkt.